



Tolle Vergünstigungen:
aboplus.somedia.ch

suedostschweiz.ch Montag, 7. Mai 2018 | Nr. 106 | AZ 8750 Glarus | CHF 3.50

Und dann bleibt es zur Überraschung aller einfach still

Das Stimmvolk zeigt sich sehr redefreudig an der Landsgemeinde 2018. 40 Rednerinnen und Redner steigen in den Ring. Aber ausgerechnet die umstrittene Lintharena-Vorlage wird wortlos durchgewunken.

von Rolf Hösli

So leicht täuscht man sich: Männiglich hat im Vorfeld der gestrigen Landsgemeinde erwartet, dass der Kredit für die Lintharena heiss diskutiert würde. Die Frage, ob Ausbau für total 36 Millionen oder nur Sanierung für 24 Millionen war Thema vieler Leserbriefe und mehrerer Podiumsdiskussionen. Der Landrat entschied sich in erster Lesung erst mit dem Stichtescheid des Präsidenten für die kleine Variante, kippte im zweiten Umgang dann auf die Seite Ausbau.

«Da es sich um eine bedeutende Vorlage für den Kanton und die Gemeinde Glarus Nord handelt, bin ich mit meinen Einführungen etwas länger geworden», sagte Landammann Andrea Bettiga noch, dann drehte er sich zur vermeintlichen Rednerschlange um, wo aber niemand stand. Bettiga schaute ungläubig in die Runde und stellte nach einem auflockern «ja, de cheibä Chalberwürsch» die wortlose Zustimmung zum Landratsantrag fest. Ein kurz darauf herbeigeeilter Stimmberechtigter wurde dann nicht mehr ans Mikrofon gelassen.

(Fast) alles im Sinne des Landrates
Das das Wort bei diesem Traktandum nicht beziehungsweise zu spät verlangt wurde, war die einzige grosse Überraschung im Ring. Trotz 40 Wortmeldungen hat die Landsgemeinde mit einer Ausnahme alle 14 Traktanden im Sinne des Landrates verabschiedet. Die Ausnahme ist ein Änderungsantrag von Bald-Nord-Gemeindepräsident Thomas Kistler, der beim



Sprachlos: Ratsweibel Fritz Lütseh stellt überrascht fest, dass beim Lintharena-Traktandum keine Rednerinnen und Redner bereit stehen. Bild Claudia Kook Marti

Schuldenschnitt für die Sportbahnen eine Opfersymmetrie verlangt. Ansonsten wurde das zweite «grosse» Traktandum, die Mitfinanzierung von Bergbahnen durch den Kanton, gutgeheissen – und hier kreuzten tatsächlich 13 Rednerinnen und Redner die Klängen.

Trotz teilweisen Änderungsanträgen bewilligte die Landsgemeinde – nebst anderem – den neuen Finanzausgleich, das Öffentlichkeitsprinzip in der Verwaltung und die Kurse für frischgebackene Hundehalter.

Im Ring abgeblitzt sind hingegen der Ausbau der kantonalen Radwege und die Gemeinden Glarus und Glarus Nord mit ihrem Anliegen, dass für den Hochwasserschutz die Allgemeinheit und nicht nur die vom Schutz profitierenden Anwohner zahlen sollen.

Frauen-Erfolg bei den Wahlen

Bei den Wahlen eingangs der Beratungen wählten die Glarnerinnen unter anderem drei Frauen anstelle von Männern in die Gerichte: Petra Hauser ist die neue Obergerichtspräsidentin,

Katia Weibel neue Verwaltungsrichterin, und Nadja Künzli zieht ins Kantonsgericht ein.

Der abtretende Landammann Rolf Widmer eröffnete die Landsgemeinde bei strahlendem Sonnenschein mit einer Rede, bei der er den Bogen von Goethes «Faust» über Rousseau bis zu LSD-Guru Tim Leary spannte, bevor er Regierungsrat Róbi Marti verabschiedete und das Landesschwert an Justizdirektor Andrea Bettiga weitergab.

SEITEN 2 BIS 8

NACHRICHTEN

Halbe Regierung «unerwünscht»:

Österreichs FPÖ-Minister sind an der Gedenkfeier für die Opfer des KZ Mauthausen nicht willkommen. SEITE 13

LEBEN

Selfie-Verbot und anderer Ärger:

Morgen beginnt in Cannes das Filmfestival. Die Direktion hat sich neue Regeln einfallen lassen. SEITE 16



SPORT

Spannung im Keller:

Lausanne rückt dank einem Sieg beim FCZ in der Super League wieder näher an Sion heran. SEITE 19

Wetter heute
Kanton Glarus



Inhalt		Meinung	12
Region	2	Nachrichten	13
Wetter	9	Leben	16
TV-Programm	10	Sport	19
Gemeinde	11, 22		

Redaktion Zwinglistrasse 6, 8750 Glarus, Tel. 065 645 28 28, Fax 065 640 64 40, E-Mail: glarus@suedostschweiz.ch
Reichweite 171 000 Leser (MACH-Basis 2018-1) Kundenservice/Abo Tel. 0844 226 226, E-Mail: abo@somedia.ch
Inserate Somedia Promotion, Zwinglistrasse 6, 8750 Glarus, Tel. 065 645 38 88, Fax 065 645 38 00, E-Mail: glarus.inserate@somedia.ch



Die idyllische Ruhe trägt

Der Lintharena-Ausbau hat die kantonale Hürde genommen. Die grössere folgt aber erst noch.

Ein Kommentar
von Rolf Hösli,
Redaktionsleiter



Volle 46 Minuten diskutierte die Landsgemeinde 2001, bis sie damals die beantragten 13,5 Millionen für das SGU bewilligte. Gestern ging es um rund doppelt so viele Kantonsmillionen, die von Glarus ins Näfels Sportzentrum fliessen sollen, und doch wurde das Geschäft oppositionslos genehmigt.

Ist damit alles schon in trockenen Tüchern? Im Gegenteil: Am Ziel ist die Lintharena bei Weitem noch nicht. Denn bis es zur Sanierung des maroden Hallenbades und zum geplanten Ausbaus des Sportzentrums kommt, muss auch die Gemeindeversammlung noch ihre Zustimmung geben. Und dort wird das Geschäft sicher nicht einfach so durchgewunken. Die in Glarus Nord starke BDP ist be-

kantlich gegen den Ausbau. Die Partei um Volley-Näfels-Präsident Martin Landolt wünscht sich bei der Sanierung mehr Sport-Aspekte und weniger Plausch-Angebote wie etwa die geplante Wasserrutschbahn. Im Landrat hat die BDP für ihre Anliegen gekämpft, gestern überraschenderweise nicht. Vielleicht auch, weil sie sich an der Gemeindeversammlung mehr Chancen verspricht.

Damit die Kantonselder fliessen, muss die Gemeinde Glarus Nord nämlich die SGU-Immobilie von der Genossenschaft übernehmen. Und das wird für die Gemeinde ein grösserer Lufp als das gestrige Geschäft für den Kanton sein wird. Erstens hat Finanzdirektor Rolf Widmer volle Kassen, und zweitens kann er die Ausgaben

elegant mit dem Bausteuerzuschlag finanzieren, der für das sanierte Kantonsspital ausläuft. Glarus Nord hingegen kämpft mit roten Zahlen und denkt schon länger laut über höhere Steuern nach. Und ein unrentables Sportzentrum in dieser Grösse zu unterhalten, ist da eine grosse Last.

Andererseits sind die Vereine in Glarus Nord auf die Lintharena angewiesen. Die Gemeindeversammlung wird sich gut überlegen müssen, ob sie ihr den Stecker zieht. Mit den gestern bewilligten 24 Kantonsmillionen hat die Lintharena-Spitze jedenfalls ein gutes Pfand in der Hand.

Kontaktieren Sie unseren Autor:
rolf.hoesli@somedia.ch

INSERAT

Südostschweiz Wetter
Das Wetter auf TV Südostschweiz

Montag - Freitag

suedostschweiz.ch

Schönes Zuhause in der Region finden!

Südostschweizimm.ch
Wohnen in der Region. Powered by: immo

R

REGION

Die Landsgemeinde im Überblick

UMWELTSCHUTZGESETZ

Eine Präzisierung scheitert, obwohl sie nicht bestritten wird

Im Umweltschutzgesetz wird unter anderem die Bekämpfung von gebietsfremden invasiven Arten geregelt. Landrat Peter Rothlin (SVP, Oberurnen) beantragte einen Zusatz. Der Kanton solle an die Bekämpfung nicht nur einen Beitrag, sondern einen «angemessenen» Beitrag leisten. Der Präsident der vorbereitenden Kommission, Landrat Fridolin Staub (SVP, Bilten), wehrte sich nicht gegen den Antrag. Trotzdem wurde er von der Landsgemeinde abgelehnt. (df)

LANDWIRTSCHAFTSGESETZ

Das Düngeverbot auf den Alpen wird aus dem Gesetz gestrichen

Fridolin Marti (Glarus) setzte sich beim Landwirtschaftsgesetz vergebens dafür ein, dass das Düngeverbot auf den Alpen darin aufgeführt bleibe. Als Bauer würde er es dort nachlesen wollen und nicht in irgendeiner Bundesverordnung, so Marti. Landrat Hans-Heinrich Wichser (SVP, Braunwald) erklärte, das Glarner Gesetz sei zu verwertlichen und das Verbot explizit auf Bundesstufe geregelt. (ckm)

UNBESTRITTENE GESCHÄFTE

Das Öffentlichkeitsprinzip wird in Kanton und Gemeinden eingeführt

Der Memorialsantrag, der die Einführung des Öffentlichkeitsprinzips verlangt, war von Regierung und Landrat zur Annahme empfohlen worden. Im Ring verlangte niemand das Wort, der Antrag gilt damit als angenommen. Auf eine der nächsten Landsgemeinden wird nun eine konkrete Gesetzesvorlage ausgearbeitet. Das Öffentlichkeitsprinzip verlangt, dass Dokumente der Verwaltung grundsätzlich öffentlich und nur ausnahmsweise geheim sind. Nicht bestritten waren auch die Änderungen des Gewässerschutzgesetzes und des Strassengesetzes. Im Gewässerschutzgesetz werden Kompetenzen neu geregelt. Die Änderung im Strassengesetz entlastet die Gemeinden finanziell stark, weil sie keine Beiträge an die Kantonsstrassen mehr bezahlen müssen. (df)

Gestern hat die Landsgemeinde

- **Andrea Bettiga** zum Landammann und **Marianne Lienhard** zur Frau Landesstatthalterin gewählt.
- **Petra Hauser** zur neuen Obergerichtspräsidentin, **Walter Salvadori** und **Katia Weibel** zu neuen Verwaltungsrichtern und **Nadja Künzli** zur neuen Kantonsrichterin gewählt.
- den **Steuerfuss** für 2019 belassen und die Bausteuer gesenkt;
- den Memorialsantrag «**Radrouten**» abgelehnt;
- den Memorialsantrag «**Öffentlichkeitsprinzip**» angenommen;
- den Memorialsantrag «**Hochwasserschutz**» abgelehnt;
- die Änderung des **Umweltschutzgesetzes** angenommen;
- die Änderung des **Tierschutzgesetzes** angenommen;
- die Änderung des **Gewässerschutzgesetzes** angenommen;
- die Änderung des **Landwirtschaftsgesetzes** angenommen;
- den neuen **Finanzausgleich** angenommen;
- dem **Ausbau der Lintharena** zugestimmt;
- die Änderung des **Strassengesetzes** angenommen;
- der Vorlage über die Mitfinanzierung der **touristischen Kerninfrastrukturen** mit einer präzisierenden Änderung zugestimmt. (df)



Das Rad dreht sich weiter: Der Memorialsantrag zur Änderung des Radroutengesetzes kann sich nicht durchsetzen.

Bild Sasi Subramaniam

Velowege: Knappes Resultat

Mit den Fahrradwegen im Kanton sind viele offenbar nicht zufrieden. Neun Mal wurde das Wort ergriffen, und eine abgeänderte Variante des Memorialsantrags scheiterte nur um Haaresbreite.

von Lisa Leonardy

Die Velowege im Kanton sollen besser werden. Darin waren sich Befürworter und Gegner des Memorialsantrags einig. Zwar lehnte das Stimmvolk den eigentlichen Memorialsantrag «Änderung des Radroutengesetzes» von Pro Velo Linth klar ab. Eine abgeänderte Variante der Grünliberalen scheiterte aber nur knapp und nach zweimaligen Ausmehrern.

Der Abänderungsantrag sah vor, im Memorialsantrag den Wortlaut des ersten Artikels zu ändern. Der neu gewählte GLP-Gemeinderat Pascal Vuichard aus Mollis plädierte am Rednerpult dafür, dass «zwei grosse Kostentreiber» gestrichen werden. Nämlich die ganzjährige Räumung der Velowege und die Trennung von den Fussgängerwegen. «Mit der Änderung hätten wir eine direkte, klare rechtliche Grundlage zur Förderung des Verkehrs im Kanton Glarus», so Vuichard. Mit guten Radwegen und einer besseren Signalisierung der Routen setze man ausserdem ein Zeichen für das Veloland Schweiz und den Tourismus.

Unterstützt wurden die Grünliberalen von Rahel Isenegger aus Schwanden. Sie sprach für die SP «Viele Radwegabschnitte sind in keinem guten Zustand. Dabei brauchen wir die Velowege nicht nur für Mountainbiker, denen egal ist, ob sie dreckig werden. Sie sollen für alle sein – vom Kind mit Lauffrad bis zum Senior mit Rollator», so Isenegger.

Nur Gesetz schafft Sicherheit

Stefan Freuler aus Glarus, der die Antragsteller am Rednerpult vertrat, betonte, dass der Kanton punkto Velowege bisher viel versprochen, aber kaum etwas getan habe. Deshalb brauche es nun die Gesetzesänderung. Auch gehe es keinesfalls um radikale Änderungen, sondern nur um das Nötigste.

Die Befürchtungen von Regierungs- und Landrat relativierte auch Andreas Schlittler aus Glarus. Die Kosten seien viel zu hoch veranschlagt worden, die Forderungen nicht so radikal wie dargestellt. Der Zeitrahmen von zwölf Jahren auch nicht zu knapp bemessen: «Die Amerikaner sind in zehn Jahren auf den Mond geflogen. Da werden wir doch wohl in zwölf Jahren das neue Gesetz zu

«Investieren ja, aber mit Augenmass.»

Fridolin Luchsinger
Landrat aus Schwanden

den Radwegen umsetzen können», so Schlittler.

Ein Vorwurf an Glarus Süd

Franz Diethelm aus Glarus warf der Gemeinde Glarus Süd gar Schlamperei vor. «An vielen Orten zeigt sich, dass die Leute, die mit den Radwegen zu tun haben, kein Interesse an ihrem Geschäft haben.» Weil er keine «Pflasterpolitik» wolle, forderte er die Rückweisung des Antrags für zwei Jahre. So hätten die Behörden Zeit, eine «angständige Vorlage» auszuarbeiten.

Kurt Reifler aus Schwanden stellte einen Eventualantrag für den Fall, dass der Memorialsantrag abgelehnt wird. Demnach soll die erste Hälfte der Optimierungsmassnahmen bis 2022 mit 4 Millionen Franken umgesetzt werden. Sechs Naturstrassenabschnitte geteert und die wichtigsten Schwachstellen beseitigt werden. Reiflers Antrag

wurde vom Landammann als nicht zulässig zurückgewiesen.

Fridolin Luchsinger aus Schwanden votierte für den Ablehnungsantrag der Regierung und des Landrates. «Zugebenermassen ist der Memorialsantrag nicht schlecht. Aber er schießt über das Ziel hinaus», sagte er. «Investieren ja, aber mit Augenmass.» Dieser Meinung schloss sich auch der scheidende Regierungsrat Röbi Marti an. Die vielen Anträge zeigten, dass der Memorialsantrag unangegoren sei.

Auch Hans-Jörg Marti aus Nidfurn, Präsident der vorbereitenden Kommission im Landrat, empfahl die Ablehnung der Vorlage und des Abänderungsantrags. «90 Prozent der Fahrradwege sind auf einem hohen Niveau. Von desolaten Zuständen kann nicht die Rede sein», betonte er. Auch die Folgekosten des Memorialsantrags seien tatsächlich sehr hoch.

Die Landsgemeinde lehnte zuerst den Rückweisungsantrag von Franz Diethelm ab. Dann änderte sie den Memorialsantrag im Sinne von Pascal Vuichard. Am Ende scheiterte aber diese Variante, und die Landsgemeinde folgte dem Ablehnungsantrag von Regierung und Landrat.

Frauenwahl: Drei neue Richterinnen

Die Stimmbürger haben die Gerichtsmitglieder für die nächsten vier Jahre bestätigt sowie drei Vakanzen besetzt. Petra Hauser ist neue Obergerichtspräsidentin.

Die Landsgemeinde wählte gestern Andrea Bettiga (FDP, Ennenda) zum neuen Landammann sowie Marianne Lienhard (SVP, Elm) zur Frau Landesstatthalterin. Für das Obergerichtspräsidium konnte mit Petra Hauser (FDP, Näfels), Erich Hug (CVP, Schwanden) und Markus Rhyner (SP, Glarus) unter drei Kandidierenden ausgewählt werden. Rhyner schied zuerst aus. «Das ist schwierig», so Bettiga. Denn zweimal musste er mit seinen Kollegen schätzen, ob Hauser oder Hug mehr Stimmen auf sich vereinigen. Petra Hauser hatte mehr. Die Vakanzen im Verwaltungsgericht besetzen neu Walter Salvadori (BDP, Glarus) und Katia Weibel (SP, Näfels). Andy Luchsinger (Grüne, Haslen) hatte das Nachsehen. Neue Kantonsrichterin ist Nadja Künzli (FDP, Schwändi). (ckm)



Strahlende Siegerin: Petra Hauser wird von Gegenkandidat Markus Rhyner beglückwünscht.

Bild Sasi Subramaniam